

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 03.03.2018

Von Modaira Rubio, Caracas

04.03.2018

Ein bisschen später

Venezuela verschiebt Präsidentschaftswahl auf den 20. Mai. Mindestlohn um 58 Prozent erhöht



Begleitet von Tausenden Anhängern schrieb sich Nicolás Maduro am 27. Februar als Kandidat für die Präsidentschaftswahl ein

Foto: REUTERS/Marco Bello

Die bislang für den 22. April vorgesehenen Präsidentschaftswahlen in Venezuela finden erst am 20. Mai statt. Das teilte die Chefin des Nationalen Wahlrats (CNE), Tibisay Lucena, am Donnerstag (Ortszeit) in Caracas mit. Am selben Tag soll auch über die

Zusammensetzung der Regional- und Kommunalparlamente in den Bundesstaaten und Bezirken entschieden werden.

Zuvor hatten sich Vertreter der regierenden Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) sowie der Progressiven Vorhut (AP), der Bewegung zum Sozialismus (MAS) und der christsozialen COPEI auf die Unterzeichnung eines Abkommens über Garantien für saubere Wahlen geeinigt. Die drei Oppositionsparteien hatten sich zuvor entschieden, dem Boykottaufruf der Rechtsallianz MUD (Tisch der demokratischen Einheit) nicht zu folgen und Henri Falcón als Herausforderer von Amtsinhaber Nicolás Maduro aufgestellt. In dem Abkommen, das auf der Homepage des CNE veröffentlicht wurde, wird nun die Einladung von Wahlbeobachtern der Vereinten Nationen vereinbart. Zudem sollen die verschiedenen Bewerber gleichberechtigten Zugang zu den staatlichen und privaten Medien erhalten. Lucena erläuterte, dass die Festlegungen in dem Papier den Vereinbarungen entsprechen, die bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition in der Dominikanischen Republik erreicht worden waren. Die Abgesandten der MUD hatten sich dort Ende Januar jedoch geweigert, das fertige Dokument zu unterzeichnen.

Als Konsequenz aus der Verschiebung der Wahl hat der CNE die Frist für die Einschreibung weiterer Kandidaten bis Freitag um 16 Uhr Ortszeit verlängert. Bis jW-Redaktionsschluss stand somit nicht fest, ob zu den bisher sechs Bewerbern weitere hinzukamen. Reinaldo Quijada, der für die linke Kleinpartei »UPP 89« ins Rennen geht, kritisierte das Abkommen im Gespräch mit dem Onlineportal *Efecto Cocuyo* als »Pakt der Polarisierung« zwischen Maduro und Falcón. Trotzdem werde er der Einladung des CNE folgen und die Vereinbarung unterzeichnen. Auch die anderen Kandidaten und Parteien waren von der Wahlbehörde gebeten worden, das Papier während einer Zeremonie am Freitag zu unterschreiben.

Präsident Maduro ordnete am Donnerstag eine erneute Erhöhung des Mindestlohns um 58 Prozent an. Er beträgt nun knapp 400.000 Bolívares monatlich, nach dem offiziellen Dicom-Wechselkurs sind das rund 9,10 Euro. Hinzu kommen allerdings weitere 915.000 Bolívares (21,20 Euro), die in Form von Lebensmittelgutscheinen ausgezahlt werden. Diese können in Geschäften und Restaurants eingelöst werden. Linke Kritiker der Regierung bemängeln allerdings den ständig wachsenden Anteil der Gutscheine am Einkommen der Beschäftigten, unter anderem weil diese nicht in die Berechnung von Rentenansprüchen einfließen.